

Argumente gegen B 19-Verlegung

Gemeinde nimmt Stellung zu Verkehrswegeplan

Von Birgit Schellbach

Wutha-Farnroda. Der Bund soll den Neubau der Bundesstraße 19 zwischen Etterwinden und Wutha-Farnroda ad acta legen, auch die Ortsumfahrung B 88 Wutha-Farnroda. Beide Vorhaben sollen ganz aus dem neuen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

So steht es in der Stellungnahme der Gemeinde, die Bürgermeister Torsten Gieß (pl) an das Bundesministerium für Verkehr geschickt hat. Im aktuellen Plan sind besagte Projekte nicht mehr als vordringlicher Bedarf eingestuft. "Richtigerweise", wie es in dem Schreiben heißt. Gieß hatte die Stellungnahme zur Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt und um Anregungen gebeten.

Kritik kam aus der CDU/AWF-Fraktion. Einige ihrer Mitglieder sind in der Bürgerinitiative für eine Ortsumgehung der Bundesstraße 88 aktiv. Fraktionsvorsitzender Reinhard Schieck wollte die Vorlage ausführlich im Gemeinderat diskutieren. Gieß sah dafür keine Notwendigkeit, sondern beruft sich auf den Bürgerentscheid von 2014, bei dem sich Zweidrittel der Befragten gegen die Umverlegung der Bundesstraße 19 und gegen eine Ortsumgehung der Bundesstraße 88 ausgesprochen haben. "Die Angelegenheit ist für die Gemeinde entschieden", argumentierte der Bürgermeister.

In der Stellungnahme ans Ministerium wird darauf hingewiesen, dass eine Umverlegung der Bundesstraße 19 ohne Fortführung über eine neue Ortsumgehung von Stockhausen bis zum Autobahnanschluss Eisenach-Ost bei Großenlupnitz keinen Sinn macht. Für letzteres Teilprojekt sieht der neue Planentwurf überhaupt keinen Bedarf mehr. Ein Ausbau lediglich in Wutha-Farnroda, so wird befürchtet, führe zu noch mehr Verkehr in Eichrodt, Wutha, Schönau, Kälberfeld und Sättelstädt zur dortigen Autobahnanschlussstelle.

"Erhebliche Nachteile für Natur und Mensch"

Bei einer neuen Bundesstraße 19 zwischen Wilhelmsthal und Wutha-Farnroda werden insgesamt "erhebliche Nachteile für die Natur und die Bevölkerung" gesehen. Die bisherige Kostenschätzung von über 200 Millionen Euro wird für zu niedrig gehalten. In der Summe noch nicht enthalten seien eine notwendige Verlängerung der Tunnel und Hochwasserschutz an der geplanten Hörsel-Brücke.

Hingewiesen wird außerdem, dass eine Westumfahrung von Eisenach über die B 19/B 84 bisher nicht geprüft worden ist. Diese Variante sei aus Sicht der Gemeinde vom Kosten-Nutzen-Verhältnis günstiger. Bei der B 88 Ortsumfahrung werden mehr Nach- als Vorteile gesehen. Zwar würde die Lärmbelastung für Anlieger der Ruhlaer Straße vermindert, aber das Problem verschiebe sich zu Lasten anderer Einwohner, heißt es in der Stellungnahme. Die Rede ist von "irreparablen Eingriffen in Natur, Landschaftsbild und Lebens- und Erholungsräume von Mensch und Tieren."